



Stimmung zur III. Parteikonferenz der SED (7)

29. März 1956

III. Parteikonferenz der SED (7. Bericht) [Information Nr. M76/56]

Quelle

BStU, MfS, AS 79/59 Bd. 1a, Bl. 249–250, und Bd. 1b, Bl. 1–5.

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung.

Verweise

Informationen [M66/56](#), [M67/56](#), [M68/56](#), [M69/56](#), [M72/56](#), [M74/56](#), [M77/56](#), [M78/56](#), [M81/56](#), [M87/56](#) und [M91/56](#).

Die zunehmenden Diskussionen zur III. Parteikonferenz¹ beschäftigen sich auch weiterhin noch vorwiegend nur mit den Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht über die Verbesserung der Lebenslage.² Vereinzelt wurden auch Diskussionen zu angesprochenen politischen Fragen, besonders der Frage der Vermeidbarkeit der Kriege bekannt.³ Die Diskussionen sind in der Mehrzahl positiv. In den Diskussionen über die Verkürzung der Arbeitszeit⁴ und die Erhöhung der Renten⁵ kommt zum Ausdruck, dass die Arbeiter erkennen, dass diese Fragen Erfolge ihrer bisherigen Arbeit sind und die Realisierung nur möglich ist, wenn in den Betrieben die Arbeitsproduktivität gesteigert wird. Weiterhin zeigen sich aber auch Unklarheiten, indem man die Vorschläge wohl begrüßt, aber nicht erkennt, dass man sich dafür auch einsetzen muss. Die Verpflichtungen zur III. Parteikonferenz, als ein Ausdruck der überwiegend positiven Einstellung der Bevölkerung, halten weiterhin an. Negative und feindliche Äußerungen wurden nur vereinzelt, besonders zur Frage über die Vermeidbarkeit der Kriege und über Genossen Walter Ulbricht bekannt. In stärkerem Maße zeigten sich besonders wieder Unklarheiten bei den verschiedensten Fragen, die z. T. darauf zurückzuführen sind, dass die Kreisleitungen der SED, des FDGB sowie die anderen Massenorganisationen bisher eine ungenügende Initiative in der Aufklärung zeigten. Sehr verbreitet in allen Bevölkerungsschichten ist immer noch das Argument, dass es sich nur um leere Versprechungen handele, wobei man sich immer wieder auf den ersten Fünfjahrplan bezieht.⁶ Diskussionen dieser Art wurden wiederum bekannt aus den Bezirken Erfurt, Magdeburg, Suhl, Wismut, Berlin, Gera und Potsdam.

In mehreren Fällen wurden wieder Diskussionen bekannt, in denen Walter Ulbricht mit dem Genossen Stalin in der Frage des Personenkults gleichgestellt bzw. in anderer Form negativ zur Person des Genossen Walter Ulbricht Stellung genommen wurde. Diese Diskussionen wurden bekannt in den Bezirken Erfurt, Magdeburg, Schwerin, Wismut, Halle, Potsdam und Berlin.

In den einzelnen Bevölkerungsschichten wurden folgende Argumente bekannt, deren größter Teil auf Unklarheiten beruht.

Industrie- und Verkehrsbetriebe

Immer wieder werden besonders Zweifel laut, ob der 7-Stunden-Tag bei uns schon eingeführt werden könnte, da die Voraussetzungen dazu fehlten. Zur Begründung werden weiterhin Materialschwierigkeiten, Wartestunden und Ähnliches angeführt. Vereinzelt nehmen feindliche Elemente diese Zweifel zum Anlass, von einem »Abklatsch« des XX. Parteitages zu sprechen.⁷ Charakteristisch dafür sind folgende Beispiele:

- Im VEB Bergmann-Borsig (Generatoren und Turbinenbau Halle 10) äußerten die Arbeiter, »dass zwar Walter Ulbricht davon gesprochen hat, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität die Voraussetzung für die Verbesserung des Lebensstandards sei, dass aber in ihrem Betrieb in einigen Abteilungen monatlich bis zu 4 000 Wartestunden geschrieben werden.«
- Im VEB »Ernst-Thälmann«-Werk Suhl (Abteilung Weiß und Funk) werden von einem Teil der Arbeiter die angestrebten Maßnahmen bezweifelt, weil man nicht glaubt, dass es möglich sein wird, bei den jetzigen Arbeitsverhältnissen den 7-Stunden-Tag einführen zu können
- Im VEB KEFAMA, [Kreis] Neuhaus, [Bezirk] Suhl, stehen die Beschäftigten der Abteilung Versand den Maßnahmen zweifelnd gegenüber. Sie vertreten die Meinung, »dass sie, wenn eine siebenstündige Arbeitszeit eingeführt würde, dies nur durch ihre Hände Arbeit wieder herausmüssten.«
- Einige Kraftfahrer im Kraftverkehr Gera äußerten: »Es wird viel vom 7-Stunden-Tag gesprochen und wir müssen noch heute viele Überstunden leisten, um den Berufsverkehr und den Warentransport zu gewährleisten. Wird es uns überhaupt möglich sein, das große Ziel zu erreichen? Außerdem fehlt es ständig an Ersatzteilen, sodass der Arbeitsablauf gehemmt wird.«
- Im VEB Plauener Spitze Auerbach, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, sagte eine Arbeiterin: »Die Einführung des 7-Stunden-Tages ist sehr schön. Je weiß ich nicht, ob ich in sieben Stunden das schaffen kann, was sich jetzt in acht Stunden leistete, denn ich habe jetzt meine Arbeit schon so eingerichtet, dass ich das Höchstmögliche erreiche.«
- Der Leiter der Abteilung Forschung im VEB Maxhütte Unterwellenborn, [Bezirk] Gera, erklärte: »Der 7-Stunden-Tag ist doch für uns nichts Neues. Das haben wir erwartet, dass die III. Parteikonferenz zu diesem Problem Stellung nimmt. Was Neues kann diese Konferenz ja auch nicht bringen, denn sie ist ja ein Abklatsch des XX. Parteitages.« Ähnlich äußerten sich Beschäftigte im Mercedes-Werk Zella-Mehlis, [Bezirk] Suhl.

Zur *Rentenerhöhung* haben sich die verächtlichen Stimmen in allen Bezirken nicht geändert. Ein Teil der Arbeiter vertritt immer noch die Meinung, dass eine Erhöhung der Renten im Jahre 1957 zu spät sei und man lieber das Gehalt der Angestellten kürzen sollte, um den Rentnern eher bereits mehr geben zu können. In diesem Zusammenhang wurden vereinzelt auch Diskussionen bekannt, »dass man lieber die Preise senken sollte« (Bezirk Magdeburg und Berlin).

Zur Frage der Abschaffung der Lebensmittelkarten häufen sich in allen Bezirken die Meinungen unter allen Bevölkerungsschichten, dass dies nur wieder leere Versprechungen wären und dass wir nicht die Voraussetzungen dafür hätten.⁸ Charakteristisch dafür ist die Stellungnahme einiger Arbeiter im VEB KEFAMA, [Kreis] Neuhaus, [Bezirk] Suhl, die erklärten: »Bereits vor zwei bis drei Jahren wurde auch davon gesprochen, dass bis Ende 1955 ein nie gekannter Lebensstandard erreicht sein würde, was aber bis heute noch nicht der Fall ist. Man brauche in dieser Beziehung nur die HO-Geschäfte anschauen, dort bekäme man nicht einmal immer Eier, Fisch und Fleisch.«

Wie bereits erwähnt wurden wiederum einige Diskussionen über den *Genossen Walter Ulbricht* geführt, die ausgesprochen negativ sind. So äußerte ein Hausobmann in Güstrow, [Bezirk] Neubrandenburg, gegenüber dem 2. Sekretär der SED, »ob er schon gehört habe, dass gestern die Sitzung abgebrochen wurde, da eine Vertrauensfrage zur Person des Genossen Walter Ulbricht gestellt worden wäre«. Das gleiche Argument wurde auch in der Kreiskonsumgenossenschaft Güstrow geführt, wobei noch gesagt wurde, »dass der Genosse Walter Ulbricht bei einem größeren Teil der Mitglieder kein Vertrauen mehr besäße«.

In der Gemeinde Herzberg, [Bezirk] Cottbus, diskutierten *Groß- und Mittelbauern* in der Form, »dass das ZK eine personelle Umbesetzung erfahren müsse, da die Politik des Genossen Stalin in der heutigen Periode nicht mehr bindend wäre«. Die Mitglieder der LPG Wulfsahl, [Kreis] Parchim, [Bezirk] Neubrandenburg,⁹ diskutierten, »weshalb der Genosse Walter Ulbricht, der als großer Anhänger Stalins gilt, nicht zu seinen Lebzeiten eine Kritik an ihm ansetzte«.

In der Gemeinde Ballerstädt,¹⁰ [Kreis] Osterburg, [Bezirk] Magdeburg, erklärte ein Lehrer: »Von der III. Parteikonferenz hatte ich erwartet, dass aufgrund der geübten Kritik an Stalin Walter Ulbricht abtreten müsste.« In Oberschlema, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, erklärte ein Friseur, »dass sie das Maul nicht so voll stopfen sollen, Walter Ulbricht hat schon einmal die Menschen an der Nase herumgeführt«.

Ähnliche Diskussionen wurden noch aus den Bezirken Halle, Potsdam, Erfurt, Cottbus sowie aus der Forschungsanstalt für Schifffahrt Berlin-Karlshorst bekannt.

Die Stärke des sozialistischen und des Weltfriedens-Lagers und die damit verbundene Möglichkeit der *Vermeidbarkeit von Kriegen* wird in einigen Bezirken besonders von negativen Elementen und Umsiedlern ausgenutzt, eine Revision der Oder-Neiße-Grenze zu fordern bzw. in Betracht zu ziehen. In der Bau-Union Stalinstadt erklärten Arbeiter einer Brigade, »dass mit der Revidierung der Oder-Neiße-Grenze die Gefahr eines Dritten Weltkrieges gebannt werden kann«. Ein werktätiger Bauer aus Alt Rosenthal, [Kreis] Seelow, [Bezirk] Frankfurt/O., brachte zum Ausdruck: »Hoffentlich hat Stalin keine Fehler bei der Festlegung der Oder-Neiße-Grenze gemacht, denn Deutschland hat fünf Provinzen verloren.« In der Garage der Wismut in Freital, [Bezirk] Dresden, erklärten Umsiedler: »Das Friedenslager soll doch Schlesien wieder an uns zurückgeben. Es wäre eine gute Tat, die Menschen wieder in ihre Heimat zu lassen. Dann wäre auch die Einstellung zum Friedenslager besser. Auch würden die Menschen in Westdeutschland die Kapitalisten verjagen und zum Friedenslager stehen. Die Sowjetunion wäre so reich und brauche das Land von Polen und unser Schlesien nicht.«

Aus *Kreisen der Berliner SPD* wurden einige Diskussionen von Funktionären bekannt, die einmal auf Zweifel an den Vorschlägen an die SPD zurückzuführen und zum anderen direkt ablehnend sind.¹¹ So erklärten einige Funktionäre der SPD aus Berlin-Weißensee: »Die SPD im Osten wird jetzt eine Zeitlang Ruhe vor den Anfeindungen haben, da das nicht ins Konzept der III. Parteikonferenz passt.«¹² Weiter wurde erklärt: »Man hat wohl der SPD in Westdeutschland ein Angebot gemacht, für uns wird aber ganz bestimmt keine Änderung der Taktik eintreten. Vielmehr wird man jetzt versuchen, bei uns diese komische Aktionseinheit zu propagieren und uns bei jeder Gelegenheit belästigen.« Ein anderer Funktionär erklärte: »Ich glaube an keinen Wandel in der sowjetischen Politik, genauso wenig an einen in der SED-Politik. Erst wenn man unsere Gefangenen freilässt und freie Wahlen zulässt, dann zeichnet sich etwas anderes ab. So aber ist mir das ein Sand in die Augen streuen für Leichtgläubige. Jede Diskussion mit diesen Leuten sollten wir ablehnen, solange nicht alle politischen Gefangenen frei sind.« Aus der *Landwirtschaft und dem Mittelstand* sind die Diskussionen sehr gering und in der Mehrzahl positiv. Bekannt wurden Stellungnahmen von Groß- und Mittelbauern, in denen sie die Erkenntnis zum Ausdruck bringen, in Arbeitsgemeinschaften zu arbeiten.¹³ Diskussionen dieser Art wurden bekannt in den Bezirken Cottbus und Leipzig.

Feindtätigkeit

- In Luckenwalde wurden am 26.3.1956 von bisher unbekanntem Tätern zwei Fahnen (rot und schwarz-rot-gold) ¹⁴ entwendet. Ermittlungen führt die Abteilung K.¹⁵
- In der Nacht zum 29.3.1956 haben bisher unbekannte Täter an die Anschlagtafel der Gemeinde Stöffin, Kreis Neuruppin, an der ein Plakat, welches auf die III. Parteikonferenz hinwies, angebracht war, eine Hetzschrift »Steckbrief« geklebt.¹⁶
- Am 26.3.1956 haben bisher unbekannte Täter an die Tür des Rates der Gemeinde in Bornstedt, Kreis Potsdam-Land, ¹⁷ eine Hetzschrift in deutscher und russischer Schrift (Zope)¹⁸ geklebt. Ermittlungen führt die Abteilung K.
- Verschiedene Genossen aus Zeulenroda/Ronneburg ¹⁹ teilen mit, dass die Sendungen über die III. Parteikonferenz am 25.3.1956 sehr gestört wurden. Am Sonntag war in Thonhausen bei Schmölln²⁰ von Anfang bis Ende der Übertragung der Konferenz der Strom abgeschaltet.
- Am 25.3.1956 wurde durch unbekannte Täter eine schwarz-rot-goldene Fahne, welche am HO-Textilgeschäft in Berlin NO 55, ²¹ Prenzlauer Allee/Ecke Wörther Straße, in ca. 2,5 m Höhe angebracht war, abgerissen.
- Am 25.3.1956, gegen 7.00 Uhr, wurde in der öffentlichen Bedürfnisanstalt Schönhauser Allee/Ecke Metzger Straße eine schwarz-rot-goldene Fahne gefunden, welche vollkommen beschmutzt war.
- Am 25.3.1956 wurde durch einen Lehrer, wohnhaft in Berlin-Niederschönhausen, mitgeteilt, dass seine schwarz-rot-goldene Fahne, welche Hochparterre am Balkon befestigt hatte, durch unbekannte Täter in den Müllkasten geworfen wurde.
- Am 26.3.1956 erkrankten zehn Küchenangehörige des VEB Groß-Berliner Vieh- und Schlachthöfe²² an Durchfall. In dieser Küche wird das Essen für das technische Personal der III. Parteikonferenz zubereitet. Vom diensthabenden Arzt der Parteikonferenz wurde eine Essenprobe und Stuhlprobe der erkrankten Personen entnommen.

1

Die III. Parteikonferenz der SED fand vom 24. bis 30.3.1956 in Berlin statt. Auf ihr wurde der XX. Parteitag der KPdSU ausgewertet.

2

Vgl. Ulbricht, Walter: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. I, Berlin 1956, S. 14–205, hier 170–189.

3

Zur Frage der Vermeidbarkeit von Kriegen äußerte sich Ulbricht auf der III. Parteikonferenz wie folgt: »Das Neue in der Lage besteht also darin: Die internationale Position der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten hat sich gefestigt. Der Kolonialismus geht seinem Ende entgegen. [...] In den kapitalistischen Ländern gewinnt der Grundsatz der Koexistenz und der friedlichen Verständigung immer mehr Anhänger. Deshalb konnte Genosse N. S. Chruschtschow im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU sagen, dass es unter den neuen, veränderten Bedingungen möglich ist, den Frieden zu erhalten.« Ebenda, S. 21.

4

Ulbricht hatte auf der III. Parteikonferenz angekündigt, die Voraussetzungen dafür schaffen zu wollen, dass »in der Zeit des zweiten Fünfjahrplans in der Industrie der Siebenstunden-Arbeitstag und in bestimmten Industriezweigen die 40-Stunden-Woche ohne Lohn einbuße eingeführt werden kann«. Ebenda, S. 152.

5

Ulbricht hatte auf der III. Parteikonferenz eine Rentenerhöhung für das Jahr 1957 in Aussicht gestellt. Vgl. ebenda, S. 154.

6

Der erste Fünfjahrplan in der DDR umfasste den Zeitraum 1951 bis 1955.

7

Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25.2.1956 in Moskau statt. Der Parteitag, auf dem Parteichef Chruschtschow in einer

Geheimrede den Personenkult um Stalin kritisierte und Stalins Verbrechen enthüllte, leitete in der Sowjetunion den Prozess der Entstalinisierung ein.

8

Ulbricht hatte sich zur Frage der Lebensmittelkarten auf der III. Parteikonferenz wie folgt geäußert: »Was die Frage der Aufhebung der Karten für Fleisch, Fett und Zucker betrifft, so sind wir überzeugt, dass es in der Zeit des zweiten Fünfjahrplans gelingen wird, die notwendigen Reserven und andere Vorbedingungen zu schaffen, um auch diese Reste des Kartensystems aufheben zu können.« Ulbricht, Walter: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. I, Berlin 1956, S. 14–205, hier 174. Die Lebensmittelkarten wurden im Mai 1958 abgeschafft. Vgl. Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten v. 28.5.1958. In: GBl. I 1958, S. 413–415.

9

Im Original: »Wulfssaak«. Der Kreis Parchim lag nicht im Bezirk Neubrandenburg, sondern im Bezirk Schwerin.

10

Im Original: »Ballerstadt«.

11

Bis zum Mauerbau am 13.8.1961 war die SPD auch in Ostberlin zugelassen. Die acht Kreisverbände im Osten und die zwölf Kreisverbände im Westen bildeten gemeinsam den Landesverband Berlin. Jedoch wurden die Aktivitäten der SPD in Ostberlin von staatlicher Seite massiv eingeschränkt: Eine Teilnahme an Wahlen war der Partei dort ebenso wenig möglich wie die Veranstaltung öffentlicher Kundgebungen.

12

Ulbricht hatte sich in seinem Referat auf der III. Parteikonferenz der SED zu möglichen Formen der Zusammenarbeit mit der SPD geäußert und dabei u. a. gesagt: »Die SED ist im Interesse der deutschen Arbeiterklasse zur umfassendsten Zusammenarbeit mit der SPD im Kampf gegen die Remilitarisierung und Refaschisierung der Bundesrepublik, für Frieden, Demokratie und die Wiedervereinigung Deutschlands sowie auch zu Verhandlungen mit der SPD über diese Fragen zu einem beliebigen Zeitpunkt bereit.« Ulbricht, Walter: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. I, Berlin 1956, S. 14–205, hier 23–26, Zitat S. 26.

13

Die »Ständigen Arbeitsgemeinschaften« sollten die Bauern an Arbeit in den Produktionsgenossenschaften heranzuführen. Sie wurden seit 1954 von den VdGB gebildet und sollten nach Beschluss der III. Parteikonferenz der SED besonders gefördert werden. Vgl. ebenda, S. 14–205, hier 117–121, sowie die Direktive der 3. Parteikonferenz der SED für den zweiten Fünfjahrplan 1956–1960. In: ebenda, Bd. II, S. 1022–1113, hier 1084.

14

Bis zum 30.9.1959 zeigte die Flagge der DDR – wie die der Bundesrepublik – lediglich die Farben Schwarz-Rot-Gold. Das Staatselement wurde erst zum 1.10.1959 eingefügt.

15

Die Abteilung K der Volkspolizei war die Kriminalpolizei.

16

Eine westliche Propagandaschrift mit dem Titel »Steckbrief« ließ sich nicht ermitteln.

17

Im Original: »Bronstedt«. Bornstedt lag nicht im Kreis Potsdam-Land, sondern war seit 1935 ein Stadtteil von Potsdam.

18

Die ZOPE (Zentralnoje Objedinjenije Poslewoennykh Emigrantow, deutsch etwa: Zentralverband der Nachkriegsemigranten) war eine im November 1952 in München durch das US-amerikanische Office of Policy Coordination (OPC) gegründete russische Exilgruppe. Die ZOPE unterhielt enge Kontakte zum NTS, zu den Ostbüros der westdeutschen Parteien und zur Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO). Hauptaktivität der ZOPE, die u. a. vom Gesamtdeutschen Ministerium der Bundesrepublik Deutschland finanziert wurde, war die Verbreitung von Flugblättern, die mittels Ballons in die DDR geschickt wurden. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 331–334.

19

Zuordnung nicht ganz klar. Ronneburg liegt ca. 35 km von der damaligen Kreisstadt Zeulenroda entfernt im Nachbarkreis Gera-Land.

20

Im Original: »Tonhausen« und »Schmollen«. Thonhausen lag im Kreis Schmölln und ca. 8 km von der Kreisstadt entfernt.

21

Bezeichnung des Berliner Postbezirks: NO = Bezirk Nordosten, 55 = Postzustellamt Marienburger Straße (Prenzlauer Berg).

22

Korrekt: VEB Zentralvieh- und Schlachthof Berlin.

© Copyright by BStU. Alle Rechte vorbehalten.